

Notfalls will Initiative nach Brüssel gehen

Soziale Stadt: Initiative gegen Ausgleichsbeträge bleibt am Ball

Die Anlieger seien über die Konsequenzen der Sanierung vorher nicht ausreichend informiert worden, sagt die Initiative.

ger **Leer.** Die Sanierungskommission zur Sozialen Stadt hat die Forderungen der Eigentümer-Initiative gegen Ausgleichsbeträge in der Oststadt abgelehnt. Die aber gibt nicht auf. „Wenn wir zum Äußersten gezwungen werden, wenden wir uns an die EU“, stellt Bernd Meyer klar.

Er sitzt zusammen mit Marianne Theile-Klinkhamer und Gerd Rademacher bei Gerhard Leuschner. Auch zwei Tage nach der Sitzung der Sanierungskommission ist ihr Ärger über den Verlauf noch nicht verrauscht.

Empört sind sie über die „Arroganz“ von Baurat Dietmar Stracke, mit der dieser den Wunsch von Bauvereinsgeschäftsführer Fritz Zitterich „abgeschmettert“ habe, noch einmal zu prüfen, ob es nicht doch eine rechtliche Möglichkeit gebe, Anwohner aus der Sanierung zu entlassen.

Aus Sicht der Initiative seien die Anwohner vor der Sanierung nicht ausreichend über die Konsequenzen unterrichtet worden. „Auf der Versammlung im Mai vergangenen Jahres war keine Rede von einem Sanierungsvermerk“, erregt sich Marianne Theile-Klinkhamer. Von Ausgleichsbeträgen von drei bis fünf Mark sei damals gesprochen worden. „Heute will niemand mehr eine Zahl nennen.“

Die Vier bezweifeln auch die Zahl von 400 Hauseigentü-



Gerhard Leuschner, Bernd Meyer, Marianne Theile-Klinkhamer und Gerd Rademacher gehen von ihren Forderungen nicht ab. Foto: Gräfe

mern, die laut Stadtplaner Klaus-Jürgen Holland ihre Häuser sanieren wollen. „Völlig aus der Luft gegriffen“, sagt Bernd Meyer. Sie halten ihre Zahlen dagegen: „295 Leute haben auf unserer Liste unterschrieben.“ Es würden sicherlich noch mehr werden.

Unterstützung hat die Initiative auch von einem Anwohner aus dem Bullenkamp bekommen. Der soll für sein Altstadtgrundstück 22.500 Euro Ausgleichsbeträge berappen. Auf Nachfrage der OZ hat die Stadt ein Verfahren zur Überprüfung dieses Falls eingeleitet.

Vorerst setze die Initiative noch auf die „Vernunft“ der Politiker, sagt Meyer. „Wir

wollen das Projekt nicht scheitern lassen.“ Wer eine Förderung in Anspruch nimmt, soll auch Ausgleichsbeträge zahlen, wer nicht, solle von einer Zahlungspflicht befreit werden.

Sollte die Politik jedoch die Haltung des Sanierungsausschusses übernehmen, schließt die Initiative den Gang nach Brüssel nicht aus. Die EU gehört mit zu den Förderern des Projektes.

Der Hintergedanke: Die Oststadt mit ihren vielen schönen Häusern erfüllt gar nicht die Kriterien des Projektes Soziale Stadt. Eine Förderung ist nicht rechtens.